

i.punkt Landtag

Informationen des Landtagsabgeordneten Andreas Stoch aus Landtag und Wahlkreis

Ausgabe 2/2022

25. Mai 2022



Liebe Leserinnen und Leser,

ungefähr zwei Monate sind vergangen, seit meinem letzten Newsletter. Für viele Menschen scheint sich Corona schon in die Sommerpause verabschiedet zu haben. Die strengen Hygienemaßnahmen wurden gelockert, das gesellschaftliche Leben kehrt zurück und die Situation auf den Intensivstationen normalisiert sich. Doch dürfen wir nicht wieder in dem naiven Glauben leben, die Pandemie sei vorbei. Wir dürfen nicht, wie in den letzten beiden Jahren, die Sommermonate vertun mit Hoffen und Denken, es werde schon alles gutgehen. Jetzt ist die Zeit, Konzepte und konkrete Strategiepläne aufzusetzen, um im Herbst gegen eine neue Welle gewappnet zu sein, um weiteres Lockdowns und Schul- und Kitaschließungen zu verhindern, um Ausbrüchen und Todesfällen in Pflegeheimen und Überlastung unserer Krankenhäuser entgegenzuwirken. Doch wie es aussieht, hat die Landesregierung hier immer noch nichts dazu gelernt, insbesondere das Kultusministerium.

Die Hoffnung, dass der Krieg in der Ukraine ein schnelles und – wenn man hier das Wort überhaupt verwenden kann - gutes Ende findet, hat sich leider nicht erfüllt. Millionen Menschen haben ihre Heimat verlassen und kommen auch nach Deutschland. Die Solidarität und Hilfsbereitschaft vieler unserer Bürgerinnen und Bürger beeindruckt mich. Doch braucht es auch angemessene finanzielle Unterstützung, damit die Kommunen diese zusätzliche Herkulesaufgabe schultern können. Vor allem um die Kinder und Jugendlichen in unsere Kitas und Schulen aufzunehmen, brauchen wir dringend deutlich mehr Personal. Hier ist das Land gefragt, dass sich nicht aus der Verantwortung ziehen darf.

Doch hört man in den letzten Wochen immer häufiger Sätze wie „Schlechte Zeiten brechen an“ oder

„Die Zeit des Vollkasko-Staates ist vorbei“. Damit möchte die grün-schwarze Landesregierung schon mal vorsichtig auf die bevorstehenden Haushaltsberatungen für 2023/2024 einstimmen. Dieser Doppelhaushalt ist der zentrale Haushalt dieser Legislaturperiode. Hier müssen die großen und drängenden Projekte angestoßen werden, die im Koalitionsvertrag zwar in großen Überschriften zu finden sind – im Kleingedruckten allerdings unter Finanzierungsvorbehalt stehen. Im Gegensatz zum Bund, wo sehr viel Geld in die Hand genommen wird, um Härten abzufedern und der Krise mit Investitionen entgegenzutreten, ruft man in Baden-Württemberg eine „enkelgerechte Politik“ aus. Was nichts anderes heißt, als den Geldbeutel zuzuhalten und weitere Jahre ambitionslos den Stillstand zu verwalten. Anstatt das Land in wichtigen Politikfeldern voranzubringen, werden wichtige Reformmaßnahmen weiter verzögert oder ganz und gar verhindert. Und das, obwohl das Staatsäckel durchaus gut gefüllt ist mit milliardenschweren Haushaltsüberschüssen und Rücklagen. Und auch die Steuerschätzung sagt Mehreinnahmen von ungefähr 3 Milliarden Euro für die beiden kommenden Jahre voraus, bis 2026 sogar ca. 7,4 Milliarden Euro.

Mit diesem Geld müssen wir endlich mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen, die Energiewende und damit den Klimaschutz vorantreiben, die Transformation unserer Industrie sozialverträglich gestalten und – was mir besonders am Herzen liegt – mehr in unser Bildungssystem investieren. Gerade hier warten Reformen, die wir unter Grün-Rot erfolgreich angeschoben haben: der Ausbau der Ganztagschule und die Umsetzung der Inklusion. Auch dafür brauchen wir mehr Fachkräfte und zusätzliche Ausbildungs- und Studienplätze, vor allem für Kitas, Grundschul- und Sonderpädagogogen. In den Haushaltsberatungen werde ich mit meiner Fraktion dafür kämpfen, denn Bildung ist unsere wichtigste Ressource und die Grundlage für den Erhalt unseres Wohlstandes im Land.

Die Pfingstferien stehen bevor. Ich wünsche Euch eine schöne und hoffentlich sonnige Auszeit und natürlich auch heute wieder eine interessante Lektüre.

Euer Andreas Stoch

Entlassung Innenminister Strobl

In der 37. Sitzung des Landtags am 11. Mai wurde in einer Aktuellen Debatte, beantragt von der FDP/DVP, die Forderung nach Entlassung von Innenminister Strobl diskutiert, weil dieser Dienstgeheimnisse veröffentlicht und damit gegen geltendes Recht verstoßen hat. (Auszug aus meiner Rede)

Wir leben in einem Rechtsstaat, in dem unabhängige Gerichte und die Staatsanwaltschaft dafür sorgen, dass geltendes Recht durchgesetzt und Rechtsverstöße geahndet werden - Recht, das für alle gilt, ohne Ausnahme oder Ansehen der Person. Deswegen ist es richtig, dass gegen den Innenminister und stellvertretenden Ministerpräsidenten ein Ermittlungsverfahren eingeleitet wurde. Die Fakten sind simpel und der Beschuldigte ist vollumfänglich geständig. Er hat eingeräumt, im Rahmen eines laufenden Disziplinarverfahrens ein Anwaltsschreiben, das an das Innenministerium als zuständiger Behörde gerichtet war, an einen einzelnen Journalisten weitergegeben zu haben. Bei einem solchen beamtenrechtlichen Verfahren gilt die Wahrung der Persönlichkeitsrechte aller am Verfahren Beteiligten und der Sorgfalts- und Verschwiegenheitspflicht in der internen Kommunikation und vor allem nach außen. Diese Pflichten hat der Innenminister unstrittig verletzt, aber auch die datenschutzrechtlichen Regeln und nicht zuletzt seine Fürsorgepflicht als oberster Dienstherr. Ich glaube, dass der Ministerpräsident die Schwere der Rechtsverstöße seines Stellvertreters nicht verstanden hat. Braucht es dafür erst eine Anklage oder eine rechtskräftige Verurteilung? Glaubt er ernsthaft, dass er sich hier über Wochen und Monate jeglicher Beurteilung enthalten kann, während dieses Verfahren läuft? Ist das die Verantwortung als Spitze der Landesregierung im Hinblick auf die Wahrung unseres Rechtsstaates? Die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft wurden durch die Verweigerung der Zustimmungsermächtigung zur Strafverfolgung durch das Innenministerium behindert. Das ist ein eklatanter Bruch der Gewaltenteilung! Geradezu grotesk aber ist die Aussage des Innenministers, er habe mit der Durchstecherei größtmögliche Transparenz schaffen wollen. Damit zeigt Herr Strobl, dass er keinerlei Schuldbewusstsein hat. Das als Oppositionsgetöse zu bezeichnen, wenn wir die Entlassung des Ministers fordern, offenbart, wie die Regierungsfaktionen in diesem Parlament ihre Arbeit tun und die Regierung kontrollieren. Wir fordern volle Aufklärung dieses Vorgangs, denn das politische Überleben von Herrn Strobl darf nicht wichtiger sein als die Wahrung unseres Rechtsstaates. Die SPD-Fraktion steht auf der Seite von Recht und Gesetz. Wo stehen Sie, Herr Kretschmann?

Grün-schwarze Regierungsbilanz

In der 36. Landtagssitzung am 4. Mai hat die SPD in einer Aktuellen Debatte zur Diskussion über ein Jahr grün-schwarze Regierungsbilanz aufgerufen. (Auszug aus meiner Rede)

Vor einem Jahr hat die Landesregierung den Koalitionsvertrag und dessen Ziele unter der vollmundigen Überschrift „Jetzt für morgen“ vorgestellt. Zugegebenermaßen gab es schon einfachere Zeiten, das Land zu führen – ohne Corona und den brutalen Angriffskrieg in der Ukraine, dessen Folgen noch gar nicht absehbar sind. Der Welt, die wir seit Jahrzehnten gewohnt waren, scheint das Wasser bis zum Hals zu stehen. Doch wenn einem das Wasser bis zum Hals steht, dann sollte man etwas tun, um Boden unter den Füßen zu gewinnen, und definitiv nicht einfach reglos stehen bleiben. Und damit sind wir bei einem Jahr Regierungsbilanz und der Sorge, dass Grün-Schwarz weiter auf der Stelle tritt, wie in den fünf Jahren zuvor. Das ist zu wenig für unser Land und in einer Krise geradezu verhängnisvoll. Vor einem Jahr haben sich viele gewundert, was für große grüne Überschriften mit der CDU auf einmal möglich sind - und wie wenig tatsächlich darunter steht. Manch einer hat eine zauberhafte Kretschmann-Formel vermutet: Bei Grün-Schwarz dürfen die Grünen alle Wünsche formulieren und die Schwarzen sicher sein, dass wenig bis nichts davon Wirklichkeit wird. Und tatsächlich kommt immer was dazwischen: das angeblich fehlende Geld, Corona, Gerichte oder der Bund, der den Instrumentenkasten klaut. Und jetzt heißt es, dass angesichts der Kriegsfolgen nicht mehr alle Ziele umgesetzt und alle Wünsche erfüllt werden können. Dieser Trick ist vielleicht segensreich für die Koalition, aber nicht für unser Land. Und wenn überhaupt etwas in Bewegung kommt, dann nur unter massivem Druck, nicht selten aus der Opposition und der SPD, z.B. das Wahlrecht ab 16 oder die Karenzzeit für Regierungsmitglieder. Fangen Sie endlich an, die Probleme unseres Landes zu lösen! Der Krieg zeigt, dass wir bei der Energiewende vorankommen müssen. Die Wohnungsnot wird von allein nicht geringer. Und auch beim wichtigsten Thema in der Landespolitik, der Bildung, ist Handeln angesagt. Wir fordern 1000 neue Lehrerstellen. Bestmögliche Bildung und Betreuung sind keine Wünsche, sondern eine zwingende Notwendigkeit für die Zukunft unseres Landes. Wenn konservative Kreise nun das Ende des Vollkaskostaates ausrufen, klingt das wie Hohn in vielen Ohren. Gerade Corona hat gezeigt, welchen Wert ein handlungsfähiger Staat hat. Es ist jetzt wichtig, das politisch Notwendige zu tun. Unser Land verfügt über ausreichend Liquidität dafür.

Entlassung Gesundheitsminister Lucha

Am 7. April (35. Sitzung des Landtags) fordern SPD und FDP/DVP die Entlassung von Gesundheitsminister Manfred Lucha aufgrund seines miserablen Krisenmanagements in der Coronapandemie (Auszug aus meiner Rede)

Wir stellen den Antrag, den amtierenden Minister für Soziales, Gesundheit und Integration von seinen Aufgaben zu entbinden, Manfred Lucha zu entlassen. Wir haben das Mittel eines förmlichen Entlassantrags bisher noch nie genutzt. Aber wir haben es hier mit einer besonders unrühmlichen Serie von Fehlleistungen zu tun und es hat schon früher zahlreiche Anlässe gegeben, die seine Entlassung gerechtfertigt hätten. Seit Beginn der Pandemie mussten wir Beispielloses erleben. Pannen kamen am laufenden Band. Und sind keine Erfindungen der Opposition, sondern unumstritten in den Medien als Fehlleistungen des Ministers offen dargelegt worden. Es begann mit der völlig falschen Einschätzung der Gefahren der Pandemie und es folgte eine Reihe grober Fehler, z.B. bei der Beschaffung von Schutzausrüstung für Krankenhäuser und Pflegeheime, der Verteilung von Schrottmasken an Kitas und Schulen und die Affäre über minderwertige Beatmungsgeräte, die bis heute nicht genutzt wurden. Und all das sind keine Kommunikationsfehler, wie der Ministerpräsident das gern bezeichnet, sondern handwerkliche Fehler, Unvermögen und Missmanagement, die das Land Millionen gekostet und das Vertrauen in die Landesregierung und die Handlungsfähigkeit von Politik insgesamt massiv beschädigt haben. Es gab schlimme Verwirrungen um die Zahl der Coronaopfer in den Pflegeheimen und viele ungehörte Hilferufe. Das vollkommen unnötige Chaos um die so genannte 2G+Regel Anfang Dezember 2021 hat allein der Gastronomie im Land Millionenverluste beschert. Das haben wir von Anfang kritisiert und gefordert, das Coronamanagement einer Stelle zu übertragen, die diese Aufgabe auch strukturell leisten kann und weniger überfordert reagiert. Wir haben den Minister mehrfach aufgefordert, seiner Aufgabe gerecht zu werden. Stattdessen setzt er seiner zweijährigen Corona-Odyssee die Krone mit einem Schreiben an den Bundesgesundheitsminister auf, in dem er das Ende der Pandemie ausruft. Da ist nicht nur der Ministerpräsident aus allen Wolken gefallen, sondern auch die Regierungsfaktionen. Der Minister muss seinen Aufgaben gerecht werden und das Land sicher durch die Pandemie führen. Tut er das nicht, müssen wir als Opposition handeln und stellen deswegen diesen Antrag. Wer heute gegen diesen Entlassantrag stimmt, der übernimmt Mitverantwortung für diese verkorkte Coronapolitik.

Änderung des Landeswahlrechts

In der 34. Sitzung des Landtags von Baden-Württemberg am 6. April wurde das Änderungsgesetz zu den Landtagswahlen in Zweiter und Dritter Lesung beraten. Für die SPD-Fraktion sprach der Rechtspolitische Sprecher Sascha Binder:

Heute ist ein historischer Tag, weil der Landtag von Baden-Württemberg seit 1952 das erste Mal in seiner Geschichte grundlegend das Wahlrecht ändert: nicht nur die Herabsetzung des Wahlalters auf 16, sondern auch, weil das Wahlrecht dahingehend geändert wird, wie die Abgeordneten von den Bürgerinnen und Bürgern zukünftig gewählt werden. Das ist eine Fortentwicklung des Wahlrechts, die notwendig ist und für mehr Vielfalt im Parlament sorgt, aber auch für mehr Klarheit für die Wählerinnen und Wähler bei der Abgabe ihrer Stimme. Es ist heute ein guter Tag für dieses Parlament, weil es endlich nach sehr langem Ringen zu einer Entscheidung gekommen ist. Seit elf Jahren diskutieren wir hier über das Wahlrecht. Es hat diese Zeit gebraucht, um am Ende eine tragfähige Mehrheit für eine Gesetzesänderung zu bekommen. Wir als SPD werden geschlossen an der Abstimmung teilnehmen, einer unserer Abgeordneten (Gernot Gruber, Red.) wird dem Gesetz nicht zustimmen und dies in einer persönlichen Erklärung begründen. Es ist uns als Fraktion besonders wichtig, den Entscheidungsprozess transparent zu machen. Denn wir als Abgeordnete tragen heute die Verantwortung abzustimmen und zu entscheiden, ob wir das bisher geltende Wahlrecht ändern wollen oder nicht. Das ist unsere Verpflichtung. Mit dem Zwei-Stimmen-Wahlrecht übernehmen wir das Wahlrecht des Deutschen Bundestags. Was die Ersatzbewerberinnen und -bewerber angeht, werden wir uns am Wahlrecht von Rheinland-Pfalz orientieren. Gutachter betrachten den Gesetzentwurf als verfassungsgemäß und er wird einer möglichen Klage standhalten. Die FDP-Fraktion hat sich aus dem Konsens verabschiedet, obwohl die Partei dieses Zwei-Stimmen-Wahlrecht mit Landesliste eigentlich haben will. Dass man aufgrund aktueller oder prognostizierter Wahlergebnisse Wahlrechtsänderungen durchführen will, halte ich verfassungsrechtlich und demokratisch für zumindest fragwürdig. Wir haben seit 1952 dieses Wahlrecht und 70 Wahlkreise im Land - und ein Bevölkerungswachstum von 64 Prozent. Mir wird nicht klar, wie die FDP die Reduzierung der Wahlkreise, was das Verhältnis von Abgeordneten zur Bevölkerung betrifft, begründen will. Wenn die nächste Landtagswahl in Baden-Württemberg so ausgeht, wie die letzte im Saarland, brauchen wir uns keine Sorgen über einen zu großen Landtag zu machen.

Aus dem Wahlkreis

EU-Schulprojekttag an der KSHeidenheim



Jedes Jahr im Mai besuchen zum EU-Schulprojekttag bundesweit Tausende Abgeordnete Schulen in ihren Wahlkreisen, um über die Europäische Union zu diskutieren. Ich bin immer gerne dabei und besuchte in diesem Jahr die Kaufmännische Schule in Heidenheim.

Bereits seit 30 Jahren arbeitet die Schule an verschiedenen interessanten EU-Projekten, erklärte Europabeauftragte Ingrid Kriesten. Seit 2020 arbeitet ein Team der KSHeidenheim im Rahmen des Erasmus+ Programms zusammen mit vier europäischen Partnerschulen aus Spanien, Polen, Frankreich und Schweden an einem digitalen European School Magazine, welches mir kurz vorgestellt wurde.

Im Zentrum des Projekttags stand eine Podiumsdiskussion zum russischen Angriffskrieg in der Ukraine, der auch die Schülerinnen und Schüler der KSHeidenheim derzeit beschäftigt. Im Vorfeld des EU-Schulprojekttags haben sie sich mit ihren Lehrerinnen und Lehrern im Unterricht auf die Veranstaltung vorbereitet und sich intensiv mit der Problematik auseinandergesetzt. Die Hintergründe und drohenden Folgen dieses brutalen Krieges interessierten sie ebenso wie Waffenlieferungen, die Auswirkungen der wirtschaftlichen Sanktionen und der Umgang mit ukrainischen Geflüchteten im Vergleich zu Flüchtlingen aus anderen Ländern.

Der Kontakt zu Schülerinnen und Schülern ist mir immens wichtig. Deswegen besuche ich nicht nur an Projekttagen gerne Schulen. Schließlich ist es die Jugend, die in Zukunft über unsere Gesellschaft bestimmen wird. Umso wichtiger ist es mir als Politiker, ihnen zu vermitteln, dass Demokratie, Freiheit und Frieden die Basis des Zusammenlebens in Europa und der Welt ist. Die europäische Idee, dass Staaten und Nationen in Frieden zusammenleben, halte ich heute für wichtiger denn je.

Besuch EUTB und AG Inklusion Heidenheim

Das Thema Inklusion ist mir ein Herzensanliegen. Sondersysteme, die Menschen mit Behinderungen ausschließen, widersprechen der UN-Menschenrechtskonvention. Wie es hier vor Ort klappt mit der Umsetzung, berichteten mir die EUTB-Berater Stephan Seybold und Amely Holz sowie Stefanie Ostertag, Geschäftsführerin vom Trägerverein AG Inklusion Heidenheim e.V., und dessen pädagogische Leitung Ute Jenning. Entscheidend sei vor allem die Personalfrage. Neben mehr Fachpersonal und Studienplätzen braucht es meines Erachtens auch Assistenzsysteme und multiprofessionelle Teams in den Einrichtungen, die die Pädagogen unterstützen. Denn ohne genügend Ressourcen kann Inklusion schnell zum Reizthema werden.

Im Kreis werden zunehmend mehr Kinder inklusiv beschult oder besuchen inklusive Kitas. Allerdings sei die Warteliste für Assistenzen sehr lang. Gerade in Kitas und Grundschulen habe bereits ein Umdenken begonnen, das auch in den weiterführenden Schulen ankommen wird, ist sich Seybold sicher. Die EUTB berät nicht nur Familien mit Kindern, sondern versteht sich als Anlaufstelle für alle Menschen, die von Behinderungen betroffen oder bedroht sind, sowie deren Angehörige, erklärt Holz. Derzeit streben die EUTBs in Baden-Württemberg ein landesweites Schulungs- und Vernetzungssystem an, um Fachwissen und Erfahrung zu bündeln und weiterzugeben. Die Landesregierung hat das im Koalitionsvertrag „Jetzt für morgen“ zwar festgeschrieben, aber ob die Finanzierung im kommenden Doppelhaushalt aufgenommen wird, ist nicht zuletzt wegen Corona und dem Ukraine-Krieg fraglich. Mit fünf Milliarden Euro Haushaltsüberschuss im vergangenen Jahr verfügt das Land durchaus über Mittel für derartige sinnvolle neue Projekte. Deswegen werde ich dieses Anliegen mit meiner Fraktion im Landtag unterstützen.



Impressum:

Wahlkreisbüro Andreas Stoch MdL

Redaktion: Danjela Folberth

Bergstraße 8 | 89518 Heidenheim

Tel.: 07321 / 4 00 80

E-Mail: wahlkreisbuero@andreas-stoch.de

Internet: www.andreas-stoch.de